

Kleine Anfrage

der Fraktion der FDP

betr. Verschleppung südkoreanischer Staatsangehöriger aus der Bundesrepublik Deutschland

1. Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die Rückführung aller unter ungeklärten Umständen aus der Bundesrepublik Deutschland verschwundenen Südkoreaner verlangt?
2. Auf welche Weise wird die Bundesregierung im Interesse der Respektierung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und ihrer rechtsstaatlichen Ordnung ihrem Rückführungsverlangen Nachdruck verleihen?
3. Sind Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt an den Maßnahmen des südkoreanischen Geheimdienstes beteiligt gewesen oder haben sie von diesen gewußt (s. FAZ vom 18. Juli 1967)?
4. Sind Dienststellen der Alliierten direkt oder indirekt an den Maßnahmen des südkoreanischen Geheimdienstes beteiligt gewesen oder haben sie von diesen gewußt?
5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich Angehörige ausländischer Geheimdienste im Geltungsbereich des Grundgesetzes an die deutschen Gesetze halten müssen?
6. Welche Tätigkeiten ausländischer Geheimdienste auf deutschem Boden hält der Bundesminister des Innern für zur Zeit erlaubt aber für verbotswürdig?

Bonn, den 18. Juli 1967

Freiherr von Kühlmann-Stumm und Fraktion